

N i e d e r s c h r i f t

**der 31. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Hauptausschusses am 23.05.2012**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:04 Uhr bis 17:04 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados		
Herr Harald Bartl	CDU	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Bernhard Bönisch	CDU	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	Teilnahme für Frau Nagel
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.	
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Gerry Kley	FDP	
Herr Oliver Paulsen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Egbert Geier	Bürgermeister	
Herr Dr. Bernd Wiegand	Beigeordneter	
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter	
Herr Wolfram Neumann	Beigeordneter	
Herr Stefan Richter	Verwaltung	
Herr Steffen Drenkelfuß	Verwaltung	
Frau Christine Hock	Verwaltung	
Herr Thomas Willecke	Verwaltung	
Frau Anja Schneider	Verwaltung	

Entschuldigt fehlen:

Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle
Herr Uwe Stäglin	Beigeordneter

Gäste:

Herr Jens Kreisel	Eigenbetrieb Kita
Frau Dörthe Riedel	Verwaltung

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 31. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde von **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** eröffnet und geleitet.

Sie stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abzusetzen:

TOP 5.1 Kündigung der im Dezernat Planen und Bauen verwalteten Mitgliedschaften
Vorlage: V/2012/10622
von Verwaltung zurückgezogen

TOP 6.1 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Prüfung der Errichtung einer Online-Plattform für (H)alle
Vorlage: V/2012/10540
durch Empfehlung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften von Verwaltung übernommen

Frau Oberbürgermeisterin Szabados schlug vor, die von der FDP-Fraktion vorab schriftlich eingereichte Anfrage:

mündliche Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion zur „OB-Wahl Halle 2012“ App für iOS
Vorlage: V/2012/10727

unter dem TOP 7 „schriftliche Anfragen von Stadträten“ zu behandeln.

Es gab keinen Widerspruch seitens der **Hauptausschussmitglieder**.

Weitere Änderungen und Anmerkungen zur Tagesordnung gab es nicht.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 21.03.2012
4. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 21.03.2012
5. Beschlussvorlagen
- 5.1 *Kündigung der im Dezernat Planen und Bauen verwalteten Mitgliedschaften*
Vorlage: V/2012/10622 *abgesetzt*
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1 *Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Prüfung der Errichtung einer Online-Plattform für (H)alle*
Vorlage: V/2012/10540 *abgesetzt*
7. schriftliche Anfragen von Stadträten
- 7.1 mündliche Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion zur „OB-Wahl Halle 2012“ App für iOS
Vorlage: V/2012/10727
8. Mitteilungen
- 8.1 Umsetzung Konjunkturprogramm II - Bericht zum Verwendungsnachweis der Maßnahmen
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 21.03.2012

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 30. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 21.03.2012.

Die Mitglieder des Hauptausschusses genehmigten ohne förmliche Abstimmung die öffentliche Niederschrift der Sitzung vom 21.03.2012.

zu 4 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 21.03.2012

Es lagen keine nichtöffentlich gefassten Beschlüsse vor.

zu 7 schriftliche Anfragen von Stadträten

zu 7.1 mündliche Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion zur „OB-Wahl Halle 2012“ App für iOS Vorlage: V/2012/10727

Frau Oberbürgermeisterin Szabados informierte über den Inhalt der Anfrage der FDP-Fraktion sowie über die Antwort der Verwaltung und machte deutlich, dass die App „OB-Wahl Halle 2012“ durch die Stadtverwaltung weder erstellt noch in Auftrag gegeben wurde.

Die Anfrage der FDP-Fraktion sowie die Antwort der Verwaltung werden der Niederschrift beigelegt.

Herr Kley, FDP-Fraktion, brachte zum Ausdruck, dass das Erscheinungsbild dieser App aufgrund der verwendeten Symbole und Siegel darauf hindeute, dass sie von der Stadt Halle in Auftrag gegeben wurde. Sofern sich die Stadtverwaltung damit nicht identifizieren sollte, sollte eine entsprechende Prüfung in Bezug auf den Ersteller erfolgen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte zu, dass im Amtsblatt dahin gehend eine Erklärung seitens der Stadtverwaltung erfolge und man sich mit dem Ersteller in Verbindung setze.

Anfrage der FDP-Fraktion:

Seit dem 08. Mai 2012 kann man im iTunes-Store (<http://itunes.apple.com/de/app/id524194025>) die „OB-Wahl Halle 2012“ App kostenlos herunterladen. Die App ist werbefrei. Sie bietet ausschließlich Informationen zur 2012 anstehenden Oberbürgermeisterwahl in Halle (Saale).

Wir fragen die Oberbürgermeisterin:

1. Hat die Stadt Halle (Saale) oder ein Unternehmen, an dem die Stadt beteiligt ist, die App in Auftrag gegeben?
 2. Zu welchem Zweck wurde die App erstellt? Erfüllt sie diesen Zweck?
 3. Welche Informationen liefert die App, die nicht bereits im Internetangebot der Stadt Halle (Saale) zu finden sind? Worin besteht der Mehrwert dieser App?
 4. Werden die Inhalte der App noch erweitert oder bleibt es bei dem sehr inhaltsarmen Angebot?
 5. Wieso gibt es eine „OB-Wahl Halle 2012“ App nur für das Betriebssystem iOS? Wieso gibt es keine vergleichbare App z.B. für den Marktführer Android?
 6. Sind weitere Apps für andere Betriebssysteme geplant oder in Vorbereitung?
 7. Wie viel hat die App gekostet?
 8. Wie stehen die Kosten im Verhältnis zu den Leistungen der App (verwertbarer Inhalt, Erreichbarkeit von Handynutzern)?
 9. Wie verhält sich diese freiwillige Leistung mit der städtischen Haushaltssituation?
 10. Wer hat die finanzielle Freigabe unterschrieben?
-

Antwort der Verwaltung:

1. **Hat die Stadt Halle (Saale) oder ein Unternehmen, an dem die Stadt beteiligt ist, die App in Auftrag gegeben?**
Nein, das ist nicht der Fall.
2. **Zu welchem Zweck wurde die App erstellt? Erfüllt sie diesen Zweck?**
Das ist der Verwaltung nicht bekannt.
3. **Welche Informationen liefert die App, die nicht bereits im Internetangebot der Stadt Halle (Saale) zu finden sind? Worin besteht der Mehrwert dieser App?**
Das ist der Verwaltung nicht bekannt.
4. **Werden die Inhalte der App noch erweitert oder bleibt es bei dem sehr inhaltsarmen Angebot?**
Das ist der Verwaltung nicht bekannt.
5. **Wieso gibt es eine „OB-Wahl Halle 2012“ App nur für das Betriebssystem iOS? Wieso gibt es keine vergleichbare App z.B. für den Marktführer Android?**
Die Gründe sind der Verwaltung nicht bekannt.
6. **Sind weitere Apps für andere Betriebssysteme geplant oder in Vorbereitung?**
Das ist der Verwaltung nicht bekannt.
7. **Wie viel hat die App gekostet?**
Das ist der Verwaltung nicht bekannt.
8. **Wie stehen die Kosten im Verhältnis zu den Leistungen der App (verwertbarer Inhalt, Erreichbarkeit von Handynutzern)?**
Das ist der Verwaltung nicht bekannt.
9. **Wie verträgt sich diese freiwillige Leistung mit der städtischen Haushaltssituation?**
Eine derartige Relation kann die Verwaltung nicht erkennen. Die Frage kann deshalb nicht beantwortet werden.
10. **Wer hat die finanzielle Freigabe unterschrieben?**
Kein Mitarbeiter der Stadtverwaltung hat finanzielle Freigaben in diesem Zusammenhang unterschrieben.

zu 8 Mitteilungen

zu 8.1 Umsetzung Konjunkturprogramm II - Bericht zum Verwendungsnachweis der Maßnahmen

Frau Oberbürgermeisterin Szabados teilte mit, dass dem Stadtrat hierzu spätestens im Juli 2012 ein Abschlussbericht vorgelegt werde. Aus diesem Grund erfolge kein weiterer Zwischenstand zum Stand der Verwendungsnachweisführung.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

weitere Mitteilungen:

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erläuterte den Sachstand zur Hochwasserschutzanlage „Gimritzer Damm“ anhand der den Hauptausschussmitgliedern ausgehändigten Mitteilung.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados teilte mit, dass die Metropolregion Mitteldeutschland in einen eingetragenen Verein umgewandelt werden soll, um bestimmte Regularien einfacher handhaben zu können, wie z. B. die Möglichkeit von Mehrheitsbeschlüssen.

In der nächsten Sitzung des Hauptausschusses der Metropolregion Mitteldeutschland im Juni 2012 werde ein Satzungsentwurf beraten. Danach liege es entsprechend der Gemeindeordnung der einzelnen Bundesländer in der Entscheidung des jeweiligen Stadtrates der Mitgliedsstädte, diesem Verein beizutreten.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte zu, den Satzungsentwurf den Fraktionen zukommen zu lassen und bat um Hinweise und Anregungen für mögliche Änderungen. Nach der Hauptausschusssitzung der Metropolregion Mitteldeutschland im Juni werde die Verwaltung spätestens im September dieses Jahres eine Vorlage zum Beitritt in den Verein in den Stadtrat einbringen.

Sie gehe davon aus, dass der Stadtrat der Stadt Halle auch weiterhin befürworte, dass die Stadt Halle in der Metropolregion Mitteldeutschland vertreten sei. Ihres Erachtens wäre es nicht zukunftsweisend, diese Mitgliedschaft zu kündigen.

Darüber hinaus informierte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, dass am 18.06.2012 eine Metropolkonferenz zum Thema Kultur in Erfurt stattfinde, an welcher sich die Stadträte gern beteiligen können. Die entsprechende Einladung erhalten die Fraktionen in den nächsten Tagen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados teilte mit, dass in der kommenden Stadtratssitzung am 30.05.2012 die Tagesordnungspunkte

TOP 5.7 Beseitigung des vorhandenen Bahnübergangs (BÜ) Birkhahnweg und Ersatz durch eine Eisenbahnunterführung für Fußgänger/Radfahrer sowie Bau einer Straßenüberführung(SÜ) über die B 100 ; DB Strecke 6132 Berlin Anhalter Bf - Halle (Saale) Hbf, Bahn-km 158,5
Vorlage: V/2011/10315

und

TOP 5.8 Knoten Halle, Ersatzneubau Eisenbahnüberführung (EÜ) über B 6, DB- Strecke 6340 Halle (Saale) Hbf – Guntershausen, Bahn-km 0,995, mit Umverlegung B 6/Leipziger Chaussee von Knoten Thüringer Straße bis EÜ DB-Strecke 6350 Halle (Saale) Gbf – Halle (Saale) Hbf Ac
Vorlage: V/2011/10313

aufgrund der Diskussionen im gestrigen Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften sowie des Urlaubes des dafür zuständigen Beigeordneten, Herrn Stägin, von der Verwaltung bis zum Juni 2012 zurückgestellt werden.

Auf Nachfrage der **Hauptausschussmitglieder** bestätigte **Herr Bürgermeister Geier**, dass die in der kommenden Stadtratssitzung vorgesehene Informationsvorlage

TOP 9.1 Information zum Eisenbahnknotenausbau Halle und dem Blinklichtprogramm für Bahnübergänge (BÜ) sowie den daraus resultierenden kreuzungsbedingten Maßnahmen und den zu erwartenden Kostenanteilen der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/10317

ebenfalls zurückgestellt sei.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bezog sich auf den in der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtischeeteiligungsverwaltung und Liegenschaften unter Vorbehalt gefassten Beschluss „Fördervereinbarung zur Entwicklungsmaßnahme zwischen der Stadt Halle (Saale) und der SALEG in Heide-Süd“ und bat Herrn Beigeordneten Kogge um Erläuterung.

Dazu wurden durch den Betriebsleiter des Eigenbetriebes Kindertagesstätten den Hauptauschussmitgliedern entsprechende Unterlagen zur heutigen Sitzung ausgehändigt.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, entschuldigte sich zunächst für die entstandenen Unklarheiten in der gestrigen Sitzung und bat Herrn Kreisel um weitere Informationen.

Herr Kreisel, Betriebsleiter Eigenbetrieb Kindertagesstätten (EB KITA), erklärte entsprechend der ausgereichten Unterlagen, dass für die Kindertagesstätte in Heide-Süd der EB KITA Bauherr sei. Dieser wäre aufgrund der Zuordnung der Grundstücke einschließlich der Gebäude im Sondervermögen organisatorisch und wirtschaftlich dafür zuständig.

Dies sei bereits die neunte Kindertageseinrichtung, deren Bau in Verantwortung des EB KITA liege. Demzufolge wäre die Kostenkalkulation entsprechend der langjährigen Erfahrungswerte und der Vorgaben nach VOB und VOF erfolgt. Die Kosten dafür seien zudem im Wirtschaftsplan des EB KITA verankert.

Des Weiteren werde die Vorlage bis zur kommenden Stadtratssitzung am 30.05.2012 entsprechend des Beschlusses des Ausschusses für Finanzen, städtischeeteiligungsverwaltung und Liegenschaften unter Punkt 2 der Vereinbarung angepasst.

Hinsichtlich des Standortes brachte **Herr Kreisel** zum Ausdruck, dass aufgrund der Ansiedlung neuer Unternehmen im Bereich der Kinderbetreuung eine Unterversorgung vorhanden wäre. Insofern sei die Errichtung einer Kindertagesstätte an diesem Standort dringend erforderlich. Zudem wäre der Bedarf im Bedarfs- und Entwicklungsplan dargestellt und durch den Stadtrat bereits beschlossen.

Herr Kley, FDP-Fraktion, fragte nach dem in der gestrigen Sitzung zugesagten Entwicklungsträgervertrag.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft, Wissenschaft und Arbeit, bat die Referentin des Dezernates Planen und Bauen, Frau Riedel, den Fraktionen jeweils eine Kopie des Entwicklungsträgervertrages auszuhändigen. Dieser wurde damals in nichtöffentlicher Sitzung des Stadtrates gefasst. Insofern bat er um entsprechenden Umgang damit. Eine Kopie des Stadtratsbeschlusses wurde den Verträgen ebenfalls beigefügt.

Herr Kley, FDP-Fraktion, verwies auf die Diskussion in der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften und erinnerte an die offenen Fragen:

Warum bedient man sich hier nicht der Kompetenzen des Eigenbetriebes ZGM?

Erfolgt bei der Auftragserteilung an Dritte eine Ausschreibung nach VOF?

Wie erfolgt das Vergabeverfahren?

Herr Kreisel, Betriebsleiter EB KITA, erläuterte, dass nach Prüfung der zu zahlenden Leistungen an den EB ZGM festgestellt wurde, dass diese nicht im Verhältnis standen zu den üblichen Kosten. Infolge dessen erbringe der EB KITA die Leistungen eigenständig. Somit konnten Kosten in Höhe von ca. 400.000 € eingespart werden.

Darüber hinaus machte **Herr Kreisel** deutlich, dass sich der EB ZGM ebenfalls eines externen Planers bediene. Demzufolge bedeute ein Auftrag über den EB ZGM eine zusätzliche Schnittschnelle und einen höheren Aufwand.

Herr Kley, FDP-Fraktion, fragte nach, weshalb Dritte damit beauftragt werden, wenn die Kompetenzen in der Verwaltung vorhanden seien. Seines Erachtens würden bei einem Auftrag an den EB ZGM die Gelder innerhalb der Stadt Halle bleiben.

Herr Kreisel, Leiter des EB KITA, verneinte dies und wies ausdrücklich darauf hin, dass der EB ZGM einen externen Planer beauftragen würde. Im EB ZGM wäre kein Mitarbeiter, welcher sich detailliert mit der Planung von Kindertageseinrichtungen auskenne. Der EB KITA hingegen habe eine qualifizierte Hochbauexpertin. Dies wäre bei 50 Gebäuden und Bauunterhaltung auch notwendig.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bedankte sich bei Herrn Kreisel. Sie gehe davon aus, dass die offenen Fragen aus dem Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften damit beantwortet seien, so dass die Vorlage im kommenden Stadtrat abschließend beraten werden könne.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados verwies auf die Vorlage der Verwaltung in der kommenden Stadtratssitzung am 30.05.2012 zum TOP 5.2

Widerspruch der Oberbürgermeisterin gegen den Beschluss des Stadtrates vom 25.04.2012 zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung eines Gutachtens zum aufgabenbezogenen Finanzbedarf der Kommunen in Sachsen-Anhalt, Vorlage-Nr. V/2011/10078
Vorlage: V/2012/10726

und begründete diesen.

Nach Rücksprache mit der Kommunalaufsicht wäre es nicht möglich, während der vorläufigen Haushaltsführung ein solches Gutachten in Auftrag zu geben, da eine Unaufschiebbarkeit der Maßnahme zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht bestünde.

Ungeachtet dessen machte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** deutlich, dass eine Kooperationsvereinbarung mit dem Landesverwaltungsamt zur Sanierung des städtischen Haushaltes abgeschlossen werden soll. Diese werde dem Stadtrat in seiner Sitzung im Juli 2012 vorgelegt. Damit soll ein externer Berater die Einnahmen und Ausgaben der Stadt Halle untersuchen, um dann Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung unterbreiten zu können.

Darüber hinaus verwies **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** auf das Deubel-Gutachten zum Finanzausgleich, anhand dessen ein Gesetzentwurf für ein neues Finanzausgleichsgesetz (FAG) der Landesregierung in den Landtag eingebracht werden soll.

Aus vorgenannten Gründen bat **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, ihrem Widerspruch in der kommenden Stadtratssitzung zuzustimmen und den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abzulehnen. Ihres Erachtens wäre ein solches Gutachten derzeit nicht hilfreich und könne nicht, wie im Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgeschlagen, bereits in der zweiten Jahreshälfte 2012 vorgelegt werden. Vielmehr sollte der Entwurf des FAG abgewartet werden und die Stadt Halle auf dieser Grundlage die Diskussionen zum Finanzbedarf führen. Zudem erhoffe sie sich von den Vorschlägen des Beraters i. V. m. der Kooperationsvereinbarung mit dem Landesverwaltungsamt eine weitere Haushaltskonsolidierung.

Es gab keine weiteren Mitteilungen.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Frau Ewert, SPD-Fraktion, wies darauf hin, dass die Blumenkübel am Eiscafe Rossini auf dem Marktplatz in einem miserablen Zustand seien. Sie bat darum, im Hinblick auf die Händel-Festspiele dahin gehend Abhilfe zu schaffen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erläuterte die Gründe. In dem Zusammenhang erinnerte sie an den Brand im Eiscafe Rossini vor einigen Wochen. Aufgrund der anhaltenden Renovierungsarbeiten hatte man von der Bepflanzung bisher Abstand genommen.

Zudem finde am morgigen Tag der Empfang der Fußballmannschaft des HFC auf dem Marktplatz statt. Diesen wolle man abwarten und danach rechtzeitig zu Beginn der Händel-Festspiele die Blumenkübel am Eiscafe sowie um das Händel-Denkmal herum bepflanzen.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, fragte nach dem Stand zur Errichtung der Peißnitzbrücke und nach der weiteren Verfahrensweise. Seinen Informationen zufolge sei der erforderliche Eigenanteil der Stadt Halle für den Neubau der Brücke durch die bisher eingegangenen Spenden noch nicht vollständig gedeckt. Im April dieses Jahres sollte hinsichtlich der weiteren Verfahrensweise Klarheit bestehen, um bis zum Laternenfest 2013 den Bau der Peißnitzbrücke fertigstellen zu können.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte eine Beantwortung bis zur kommenden Stadtratssitzung am 30.05.2012 zu. Sie gehe davon aus, dass der erforderliche Eigenanteil sichergestellt und die Peißnitzbrücke bis zum Laternenfest 2013 fertiggestellt werden könne.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, fragte, ob die Verwaltung trotz der Einführung des doppelten Haushaltes entsprechend des im vergangenen Jahr gefassten Stadtratsbeschlusses über den Vollzug des Vermögenshaushaltes informiere.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte zu, über den Stand der Umsetzung der vorgesehenen Investitionen zum 30.06.2012 entsprechend zu informieren.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bezog sich auf den in der heutigen Sitzung abgesetzten TOP 5.1

Kündigung der im Dezernat Planen und Bauen verwalteten Mitgliedschaften
Vorlage: V/2012/10622

und fragte, ob eine Überarbeitung der Vorlage seitens der Verwaltung dahin gehend erfolge, dass alle bestehenden Mitgliedschaften bewertet und die Auswirkungen möglicher Kündigungen dargestellt werden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados wies darauf hin, dass seitens der Verwaltung eine Vorlage in der Form vorgesehen sei. Die Mitgliedschaften sollen in einen Gesamtkontext gestellt und Vorschläge für Kündigungen einschließlich der Auswirkungen unterbreitet werden.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte nach dem Stand zur Überarbeitung der Geschäftsordnung und ob diese noch vor der Sommerpause dem Stadtrat vorgelegt werde.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados antwortete, dass die Vorlage zur Geschäftsordnung im Juni 2012 in den Stadtrat eingebracht werde.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte nach dem Überarbeitungsstand der Vorlage zur „Berichterstattung in den Ausschüssen und im Stadtrat“.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erklärte, dass sich die Vorlage derzeit noch in Überarbeitung befinde. Die Verwaltung werde versuchen, die Vorlage bis zur Stadtratssitzung im Juli 2012 einzubringen. Im Zuge dessen wies sie auf die personelle Unterbesetzung in dem zuständigen Bereich hin und bat um Verständnis.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte nach dem Stand zum Umzug der Fraktionen in das Stadthaus. Dieser sollte vor der Sommerpause stattfinden.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft, Wissenschaft und Arbeit, erinnerte an den letzten Beratungstermin mit den Geschäftsführern der Fraktionsgeschäftsstellen. Es wurde sich darauf verständigt, den Umzug im September dieses Jahres durchzuführen, um bis dahin die geforderten Beratungsräume ertüchtigen, entsprechende Briefkästen anbringen sowie anderweitige Ausstattungswünsche vornehmen zu können.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte entsprechend des Stadtratsbeschlusses im August vergangenen Jahres nach dem Stand der Erarbeitung der Satzung zur Ehrung von Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erklärte, dass die Verwaltung hierfür noch etwas Zeit benötige und kündigte an, die Satzung Ende dieses Jahres in die Ausschüsse und den Stadtrat einbringen zu wollen.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte nach den Gründen, weshalb der Antrag seiner Fraktion:

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Zukunft des Thalia Theaters Halle
Vorlage: V/2012/10612

nicht auf die Tagesordnung der heutigen Hauptausschusssitzung sowie der kommenden Stadtratssitzung gesetzt wurde. Der Antrag sei zwar zwischenzeitlich durch seine Fraktion zurückgezogen, dies wäre aber zum Zeitpunkt der Fertigstellung der Tagesordnung nicht absehbar gewesen.

Weiterhin fragte **Herr Paulsen** nach den Möglichkeiten eines Ausschussvorsitzenden, inhaltlich nicht zielführende bzw. nicht zweckmäßige Anträge zurückziehen oder zurückstellen zu können.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados machte deutlich, dass ihr die Gründe nicht bekannt seien, weshalb der o. g. Antrag nicht auf die Tagesordnung des Hauptausschusses und Stadtrates gesetzt wurde.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bat um Information dazu bis zur kommenden Stadtratssitzung am 30.05.2012. Er habe den Eindruck, dass für die Oberbürgermeisterin unangenehme Anträge nicht auf die Tagesordnung gebracht werden.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, wies darauf hin, dass der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für den Kulturausschuss und gleichzeitig für den Stadtrat mit der Voraussetzung einer Verweisung eingereicht wurde. Eine Beratung des Antrages sei im Kulturausschuss erfolgt, es hätte aber nach der üblichen Verfahrensweise vorerst die Entscheidung des Stadtrates zu diesem Antrag abgewartet werden sollen.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, widersprach der Aussage von Frau Dr. Bergner. Der Antrag wurde unabhängig von der Verweisung im Stadtrat zur Sicherheit fristgerecht für den Kulturausschuss und den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften eingebracht.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, und **Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, machten deutlich, dass diese Verfahrensweise nicht korrekt sei. Der Stadtrat entscheide über Vorlagen und Anträge. Demzufolge könne ein Antrag nicht in den Stadtrat und gleichzeitig in einen Ausschuss eingebracht werden.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erklärte, dass die Einbringung des Antrages seiner Fraktion fristgerecht erfolgte und keiner Formalie widersprochen habe. Dieses Verfahren wurde aufgrund der Dringlichkeit des Antrages gewählt, um nach der Verweisung im Stadtrat nicht einen Monat bis zur Beratung in den Ausschüssen warten zu müssen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados wies die Unterstellung von Herrn Paulsen, dass für sie unangenehme Anträge nicht auf die Tagesordnung gebracht werden, ausdrücklich zurück.

Gleichzeitig sagte sie eine Prüfung bis zur Stadtratssitzung zu, weshalb der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht auf die Tagesordnung der heutigen Hauptausschusssitzung sowie der kommenden Stadtratssitzung gesetzt wurde.

Darüber hinaus brachte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** zum Ausdruck, dass eine solche Verfahrensweise, einen Antrag in den Stadtrat und gleichzeitig in einen Fachausschuss einzubringen, nicht einem fairen demokratischen Umgang entspreche, auch wenn diese Verfahrensweise ggf. formal korrekt sei. Demzufolge werde unter diesem Aspekt die Geschäftsordnung geprüft.

Herr Kley, FDP-Fraktion, bat darum, dass die Fraktionen jeweils ein Exemplar des Demografiegutachtens der Verwaltung erhalten. Dies wäre Planungsgrundlage für die Kindertageseinrichtungen und Schulen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte dies zu.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., ging auf die Anfrage von Herrn Bönisch zur Peißnitzbrücke ein. Im Ausschuss für Planungsangelegenheiten wurde darüber beraten, inwieweit die Spender in Form einer Gravur auf der Brücke anerkannt werden können. Die Verwaltung habe vorgeschlagen, lediglich diejenigen mit einer beträchtlichen Spendensumme zu benennen.

Diesem Vorschlag könne seine Fraktion nicht zustimmen, da die Brücke den Namen „Bürgerbrücke“ erhalten soll. Insofern sollten auch alle Spender berücksichtigt werden. Die Initiatoren für den Neubau dieser Brücke könnten z. B. besonders hervorgehoben werden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados antwortete, dass die Verwaltung vorerst den allgemeinen Sachstand prüfen werde. Im Anschluss daran werde über die weitere Verfahrensweise nachgedacht, u. a. über die Berücksichtigung der Spender auf der Brücke. Dies werde zum entsprechenden Zeitpunkt im Hauptausschuss vorgestellt. Ihres Erachtens müsse aber eine gewisse Grenze, wie z. B. auch damals im „Neuen Theater“ erfolgt, angesetzt werden.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, bat um Prüfung der Anzahl der Spender.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte dies zu.

Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE., teilte in Bezug auf die Parkeisenbahn Peißnitzexpress mit, dass Herr Panse als Vorstandsmitglied im Auftrag des Fördervereins Parkeisenbahn Peißnitzexpress Halle (Saale) e. V. einen Einwohnerantrag an die Stadt Halle gerichtet habe, welcher sich aber nicht auf der Tagesordnung der kommenden Stadtratssitzung wiederfinde.

Infolge dessen fragte **Frau Haupt** nach der weiteren Verfahrensweise.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erklärte, dass der Einwohnerantrag an den Stadtratsvorsitzenden, Herrn Bartl, übergeben worden sei. Dieser habe veranlasst, dass der Einwohnerantrag durch das Rechtsamt geprüft und Herr Panse über das Prüfergebnis informiert werde. Sie bat Herrn Willecke um Darstellung des Sachverhaltes.

Herr Willecke, Leiter Rechtsamt, stellte dar, dass der Einwohnerantrag den formalen Anforderungen nicht genüge. Die beigefügte Unterschriftenliste enthalte nicht die zu benennenden natürlichen Personen. Es sei lediglich der Verein als juristische Person angegeben.

Des Weiteren finde das Kommunalwahlgesetz bei Einwohneranträgen entsprechend Anwendung. Danach sei in der Unterschriftenliste neben dem Vornamen, Namen und der Anschrift auch das Geburtsdatum anzugeben. Dieses wäre bei keiner der aufgeführten Personen der Fall.

Aus vorgenannten Gründen sei der Einwohnerantrag unzulässig. In Anbetracht dessen wurde mit dem Vorstand des Fördervereins Parkeisenbahn Peißnitzexpress ein Gesprächstermin am kommenden Freitag vereinbart. Herr Bartl in seiner Funktion als Stadtratsvorsitzender werde an diesem Gespräch teilnehmen.

Herr Bartl, CDU-Fraktion, merkte an, dass dem Verein angekündigt wurde, den Einwohnerantrag auf die Tagesordnung der Stadtratssitzung im Juni zu setzen. Die laut Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt (GO LSA) vorgegebene Beratungsfrist von drei Monaten nach Eingang des Einwohnerantrages werde damit noch eingehalten.

Ungeachtet dessen soll der Sachverhalt über ein Gespräch gelöst werden und im Stadtrat die Möglichkeit bestehen, anhand der Ergebnisse über die Zweckmäßigkeit des Einwohnerantrages zu beraten.

Herr Kley, FDP-Fraktion, fragte, ob der Einwohnerantrag auch auf die Tagesordnung gesetzt werde, wenn die formalen Bedingungen nicht erfüllt seien. Davon würde er absehen, da dies für zukünftige Einwohneranträge ebenso gelten würde.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados verneinte dies. Der Einwohnerantrag könne als Beschluss nur dann auf die Tagesordnung gesetzt werden, wenn die entsprechenden Formalien erfüllt seien. Anderenfalls wäre der Beschluss des Stadtrates gegenstandslos. Deswegen müsse der Stadtrat vor einem Beschluss die Zulässigkeit eines Einwohnerantrages feststellen.

Herr Willecke, Leiter Rechtsamt, wies darauf hin, dass der Stadtrat entsprechend der GO LSA die Zulässigkeit des Einwohnerantrages feststelle. Die Verwaltung sei demzufolge nicht berechtigt, in eigener Verantwortung über die Zulässigkeit bzw. Unzulässigkeit zu entscheiden. Somit werde der Antrag in der Stadtratssitzung im Juni auf die Tagesordnung gesetzt und über die Zulässigkeit entschieden. Erst im Falle der Zulässigkeit könne im Anschluss daran der Sachverhalt beraten werden.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, informierte hinsichtlich der Wildwasseranlage Pulverweiden darüber, dass die Verantwortlichen des Böllberger Sportvereins e. V. bei einem Gespräch in seiner Fraktion mitgeteilt haben, dass ein Sponsor gefunden wurde.

Aufgrund dessen fragte **Herr Bönisch**, ob der Verein nochmals bei der Stadtverwaltung vorstellig war.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados informierte, dass der Verein die Stadt nochmals angeschrieben habe und bat Frau Riedel um weitere Erläuterung.

Frau Riedel, Referentin Dezernat Planen und Bauen, erklärte, dass der Verein Planänderungsunterlagen für den Wildwasserpark Pulverweiden eingereicht habe. Die Stadt als Vorhabenträger wurde gebeten, diese beim Landesverwaltungsamt einzureichen.

Die Verwaltung habe sich aus nachfolgenden Gründen dazu entschieden, die Unterlagen nicht beim Landesverwaltungsamt einzureichen:

- Es liegt ein eindeutiges Votum des Stadtrates vor, dieses Projekt nicht weiter zu verfolgen.
- Die Stadt Halle müsste auch weiterhin Vorhabenträger für das Projekt sein.
- Die eingereichten Unterlagen waren inhaltlich nicht mit der Stadt abgestimmt.
- Der Planfeststellungsbeschluss hat eine Gültigkeit von 5 Jahren. Die Beantragung einer Verlängerung ist nicht möglich. Mit Einreichung neuer Unterlagen zum jetzigen Zeitpunkt müsste das Planfeststellungsverfahren neu durchgeführt werden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados fügte hinzu, dass dem Böllberger Sportverein die Gründe mitgeteilt wurden, weshalb eine Einreichung der Unterlagen beim Landesverwaltungsamt nicht erfolgte. Demzufolge sei die Aussage in der Presse, dass der Verein bisher keine Antwort erhalten habe, nicht korrekt.

Frau Riedel, Referentin Planen und Bauen, wies darauf hin, dass die Antwort der Verwaltung am 16.05.2012 nach der Unterschrift der Oberbürgermeisterin dem Böllberger Sportverein per E-Mail gesandt wurde und Vertreter des Vereins die Unterlagen am 18.05.2012 persönlich im Dezernat Planen und Bauen abgeholt haben.

Es gab keine weiteren mündlichen Anfragen.

zu 10 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados beendete die 31. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses.

Dagmar Szabados
Oberbürgermeisterin

Anja Schneider
stellv. Protokollführerin